



Grundsatzprogramm-Debatte

Positive Zwischenbilanz

Mit ihrer fünften und in diesem Jahr letzten Regionalkonferenz hat die CDU die erste Etappe im Rahmen ihrer Grundsatzprogramm-Debatte erfolgreich genommen.

Wie bei den vier Regionalkonferenzen zuvor in Potsdam, Fallingbostal, Karlsruhe und Düsseldorf war das Interesse groß und die Veranstaltungshalle bis auf den letzten Platz gefüllt.

1.500 Parteimitglieder aus Hessen und Thüringen folgten der Einladung nach Kassel, um mit der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Generalsekretär Ronald Pofalla, Hessens Ministerpräsident Roland Koch und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU Thüringen, Andreas Trautvetter, über die künftige programmatische

INHALT

Veranstaltung:
MediaNight 2006
Seite 4-6

Ronald Pofalla:
Die CDU ist der Garant
für Reformen
Seite 8

Hessen:
Roland Koch
mit überragendem
Wahlergebnis
Seite 12



Ausrichtung der CDU zu diskutieren.

In ihrer Rede rief Angela Merkel zu einer engagierten Wertediskussion auf und forderte die Mitglieder dazu auf, sich mit dem auseinanderzusetzen, was die Partei eine. Die CDU müsse für sich klären, was sie unter

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verstehe, ansonsten könne die Partei keine gemeinsame Politik machen. Zugleich sprach sich die CDU-Vorsitzende dafür aus, das Bewährte zu erhalten und nur das zu verändern, was den Anpassungsprozess an eine un-

übersichtlicher gewordene Welt belaste.

CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla zog eine überaus positive Bilanz der fünf Regionalkonferenzen zur Grundsatzprogramm-Debatte. Etwa 10.000 Mitglieder hätten die Chance zur unmittelbaren Diskussion mit der Parteispitze genutzt. Im Anschluss an die Regionalkonferenzen hätten noch viele den Dialog in E-Mails und Briefen fortgeführt. Dies begrüßte Pofalla ausdrücklich, denn die Parteiführung sei an der Meinung ihrer Mitglieder interessiert.

Der Generalsekretär, der die Grundsatzprogramm-Kommission leitet, sagte



IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



weiter, dass im Zusammenhang mit dem Arbeitsmotto „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ noch viele Fragen zu diskutieren seien. Konkret müsse geklärt werden, wie der Sozialstaat so umgebaut werden könne, dass er sich aus einigen Tätigkeitsbereichen zurückzieht, um in anderen Feldern Politik umso effektiver zu gestalten. Dabei werde es unweigerlich auch zu Streit mit dem politischen Gegner und dem Koalitions-

partner kommen, sagte Poffalla. Schließlich habe der neue SPD-Vorsitzende Kurt Beck die Sozialdemokratie gerade erst als „linke Volkspartei“ positioniert. Dagegen begreife sich die CDU als „Volkspartei der Mitte“. Nur so werde es ihr gelingen, in den anstehenden Wahlkämpfen wieder über die 40%-Marke zu kommen.

Zuvor hatte Hessens Ministerpräsident Roland Koch die Regionalkonferenzen als „gute und wichtige Traditi-

on“ gelobt, um die Mitglieder an den grundlegenden Positionsbestimmungen der Partei zu beteiligen. Mit Blick auf die Große Koalition versicherte Koch, es sei richtig gewesen, dass die Union Regierungsverantwortung übernommen habe. Denn jetzt könne die CDU den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass sie „ordentlich“ arbeite.

Koch versicherte, allein dieser Eindruck biete die Chance, dass es künftig zu anderen Konstellationen komme. Da die Große Koalition Kompromisse erzwingen, sei es jedoch unerlässlich, dass sich die CDU gleichzeitig ihrer Prinzipien vergewissere. Denn es sei falsch zu glauben, es gebe zwischen beiden Volksparteien keine Unterschiede. So stehe etwa die CDU für Freiheit, die SPD hingegen für die „Gatter des Staates“.



MediaNight 2006

Mit spannenden Workshops, einer stadtbekannteren Party und einem kompetenten Gastredner ist die MediaNight der CDU Deutschlands ihrem Ruf als einer der zentralen Medientreffpunkte in Berlin auch in diesem Jahr gerecht geworden. 2.000 Gäste und zahlreiche Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Medien folgten der Einladung ins Konrad-Adenauer-Haus.

In ihrer Begrüßungsrede verwies die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Angela Merkel, auf die rasanten technologischen Veränderungen, die die Innovationsfähigkeit auch der Medienbranche vor immer neue Herausforderungen stelle. So habe Deutschland zwar den Computer erfunden, weitere Innovationen hätten jedoch



Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, bei der Eröffnung.

im „angelsächsischen Bereich“ stattgefunden. Deshalb kämpfe die Bundesregierung jetzt darum, dass die Innovationsfähigkeit und die Umsetzung guter Ideen in konkrete Produkte zurückkehre. „Deutschland muss mit guten Ideen wieder vorne dabei sein, nur so werden wir unseren Wohlstand sichern“, bekräftigte die Kanzlerin. Gleichzeitig brauche unser Land Menschen, die „neugierig“ seien

und sich diesen neuen Herausforderungen stellen. Eine zentrale Vermittlungsrolle komme dabei den Medien zu.

Der Gastredner der diesjährigen MediaNight, Hubert Burda, verglich den fundamentalen Wandel in den Medien mit der Erfindung des Buchdrucks. So habe der Online-Werbe- markt mit seinen gravierenden Auswirkungen auf den Anzeigenmarkt vor wenigen



Panel 1: „Die deutsche Zeitungslandschaft im Wandel – welche Formate haben Zukunft?“



Panel 4: „Jugend musiziert‘ vs. ‚Deutschland sucht den Superstar‘ – wie geht es weiter mit der Musik in Deutschland?“

Jahren noch gar nicht existiert. Zugleich entstehe eine neue Öffentlichkeit, indem



Die Vorsitzende der CDU Deutschlands begrüßt den Star des Live-Acts, Ex-No Angel Sängerin Sandy.

Menschen in WebBlogs selbst Inhalte im Internet publizieren würden. Burda bezeichnete diese Entwicklung als ausgesprochen spannend. Zugleich nannte es der Vorstandsvorsitzende der „Hubert Burda Media“ bedrückend, dass hier zu Lande nur wenige innovative IT-Unternehmen international mithalten könnten. Burda führte dies unter anderem darauf zurück,

dass die 68-er Bewegung in Deutschland zu einer vehementen Kapitalismus-Kritik und einer latenten Technologiefeindlichkeit geführt habe. Hinzugekommen sei eine grundsätzliche Skepsis allem gegenüber, was aus den USA komme, wie die Vernetzung und



Der Staatsminister im Bundeskanzleramt Bernd Neumann und CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla.

der Unternehmergeist. Anstatt zu fragen, wie Wohlstand entstehe, gehe es bei uns um die Frage, wie er gerecht verteilt werde. Wenn es jedoch der unionsgeführten Bundesregierung gelinge, die „Semi-Depression“ zu überwinden, die über dem Land liege, würden die Mittelständler mitziehen und neue Arbeitsplätze schaffen.

Zuvor hatte der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, betont, dass unser Medienangebot – aus öffentlich-rechtlichen



Panel 3: „Medienereignis FIFA Fußball WM 2006 – Möglichkeiten und Grenzen der Berichterstattung“



Keynote-Speaker Hubert Burda

und privaten Medien – zu den vielfältigsten in der Welt gehöre. Bund und Länder würden auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass sich die beiden Säulen unseres dualen Systems „fair entwickeln“ könnten. Angesichts des technischen Fortschritts forderte der CDU-Politiker eine Revision der EU-Fernsehrichtlinie. Da praktisch alle Dienste auf allen Endgeräten genutzt werden könnten, müsse ein kohärenter europäischer Rechtsrahmen für die Medien geschaffen werden, unabhängig davon, auf welchen Übertragungswegen und Plattformen sie verbreitet würden.



Fotos: Laurence Chaperon und CDU-Bilderservice.

Ausdrücklich sprach sich der Staatsminister dafür aus, die wirtschaftliche Situation der Printmedien als der „tragenden Säule unserer Informationsgesellschaft“ zu verbessern. Mit Blick auf den Fusionsfall Springer/ProSiebenSat1 machte der CDU-Politiker deutlich, dass Medien keine beliebige Ware seien, sondern „wichtige Elemente unserer Kultur“. Deshalb wäre es keine zufriedenstellende Lösung, wenn die negativen Entscheidungen

des Bundeskartellamtes und der KEK zur Folge hätten, dass beim Erwerb von in Deutschland ansässigen Unternehmen ausschließlich ausländische Investoren zum Zuge kämen. „Das kann im Prinzip nicht vernünftig sein“, unterstrich Neumann.

Ex-No Angels Sängerin Sandy und ihre Band sowie die Nachwuchsgruppe Momentaufnahme sorgte für ausgelassene Partystimmung bis früh in den Morgen.



Panel 2: „Die Verantwortung der Medien in einer globalisierten Welt“.

Innere Sicherheit

„No-Go-Areas darf es nicht geben“

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat ein entschiedenes Vorgehen gegen Rechtsextremisten in allen Teilen Deutschlands zugesichert.

Die Bundesregierung nehme die jüngsten Gewalttaten außerordentlich ernst, erklärte der Bundesinnenminister bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2005. Er sei mit den Länder-Innenministern im Gespräch, wo die Polizeipräsenz – auch mit Blick auf die Fußball-Weltmeisterschaft – erhöht werden könne. „No-Go-Areas darf es nicht geben“, betonte das CDU-Präsidiumsmitglied.



Wolfgang Schäuble

mand sollte die Probleme kleinreden, zugleich sollte aber auch niemand der Polizei etwas unterstellen.

Dessen ungeachtet bezeichnete der Bundesinnenminister die Zunahme der politisch motivierten Straftaten um 27,5 Prozent auf 15.361 als „sehr Besorgnis erregend“. Die Zahl rechts-extremistischer Gewalttaten sei um 23 Prozent gestiegen. Eine Ursache könnte laut Schäuble die Zunahme von Demonstrationen rechter Gruppen sein, auf die gewaltbereite linke Gruppen mit Gegendemonstrationen reagieren würden. Denn auch die Straf- und Gewalttaten Linksextrimer hätten deutlich zugenommen. Die Zahl links-motivierter Straftaten hat dem Bericht zufolge bei

2.305 gelegen gegenüber 1.440 im Jahr 2004. Darunter wurden 896 Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund erfasst. 2004 waren es 521 gewesen.

Der CDU-Politiker warnte zudem vor einer un- verminderten Bedrohung Deutschlands durch islamistische Extremisten und Terroristen. Die größte Gefahr gehe dabei von islamistischen Terroristen aus, die sich dem gewalttätigen Dschihad verpflichtet fühlen. Auch wenn Deutschland nicht unmittelbar an der militärischen Intervention im Irak beteiligt sei, zähle es in den Augen der Mudschaheddin zum Lager der so genannten „Kreuz-zügler“, also zu den „Helfern der USA und Israels“. Damit sei auch „Deutschland im Zielspektrum islamistischer Terroristen“, unterstrich der Bundesinnenminister. Für Entwarnung gebe es keinen Anlass.

Staatliches Gewaltmonopol

Es gebe in der Bundesrepublik Deutschland keine Zonen, in denen das Gewaltmonopol des Staates nicht gelte, fügte der CDU-Politiker hinzu. Die Sicherheitsbehörden seien entschlossen, das Gewaltmonopol des Staates durchzusetzen. Deswegen könnten sich alle Menschen in unserem Land sicher fühlen. Nie-

Download des Verfassungsschutzberichtes auf der Seite des Bundesinnenministeriums unter www.bmi.bund.de



Ronald Pofalla:

Die CDU ist der Garant für Reformen

Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Deutschland ist erfreulich, aber alles andere als ein Grund zur Euphorie. Auch wenn seit 1990 die Arbeitslosenzahl binnen eines Monats noch nie so stark zurückgegangen ist wie jetzt im Monat Mai, können 'und werden wir uns mit viereinhalb Millionen Arbeitslosen nicht zufrieden geben.

Die CDU ist in der Großen Koalition der Garant



Ronald Pofalla

dafür, dass der eingeschlagene Reformkurs eingehalten wird. Zugleich werden wir weiterführende Reformen forcieren, wenn sie zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen: Wenn durch Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit neue Freiräume entstehen, dann müssen wir bei der Reduzierung der Lohnnebenkosten weiter gehen als die bereits schon beschlossene Senkung des Arbeitslosenversiche-

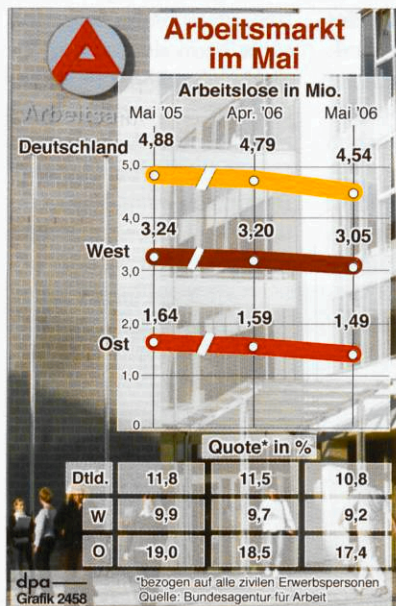
rungsbeitrages um zwei Prozentpunkte. Die Senkung von Lohnnebenkosten ist und bleibt ein entscheidender Schritt, um wieder mehr Menschen in Arbeit zu bringen!

Außerdem müssen noch in diesem Jahr weitere grundlegende Veränderungen bei Hartz IV beschlossen werden. Insbesondere brauchen wir härtere Sanktionen, wenn arbeitsfähige Arbeitslose ein zumutbares Beschäftigungsangebot ablehnen. Bei der Kürzung von Leistungen darf der Gesetzgeber den Behörden keinen Ermessensspielraum mehr zulassen.

Es ist zudem richtig, dass eine Arbeitsgruppe der Großen Koalition spätestens im Herbst auch alle bisherigen Arbeitsmarktinstrumente überprüft und den Niedriglohnbereich neu ordnet.

Die Große Koalition steht vor schwierigen Entscheidungen. Die CDU ist entschlossen, auch in der Großen Koalition unser Land weiter voranzubringen.

Ronald Pofalla ist der CDU-Generalsekretär.



Ralf Brauksiepe:

Erfreuliche Tendenz bei den Arbeitsmarktzahlen

Die Tendenz, die sich bei der Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen abzeichnet, ist erfreulich.

Ein Rückgang von etwa 350.000 Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr auf 4,5 Millionen ist eine gute Nachricht. Positiv ist auch, dass die Arbeitslosigkeit bei den über 50-Jährigen im Vorjahresvergleich um 48.000 zurückgegangen ist. Die Zahl der offenen, unge-



Ralf Brauksiepe

förderten Stellen hat außerdem weiter zugenommen. Derzeit sind bei der BA 405.000 offene reguläre Stellen gemeldet,

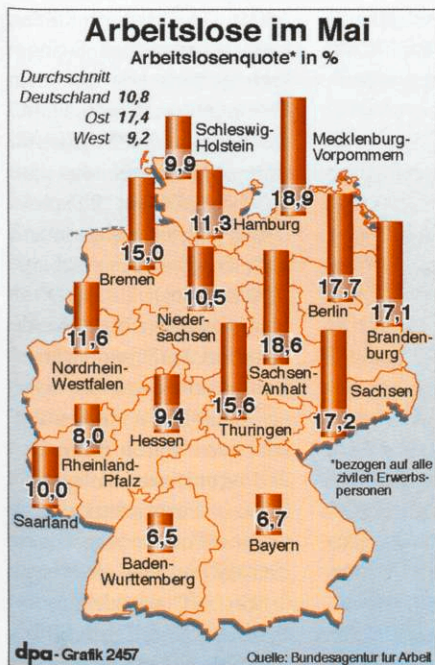
83.000 mehr als im Mai 2005. Das bedeutet entsprechend mehr Chancen für die Arbeitslosen, wieder eine Beschäftigung zu finden.

Weniger erfreulich ist die Tatsache,

dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten weiter sinkt. Die Schwelle von 26 Millionen ist erstmals unterschritten. Dagegen steigt die Zahl der Erwerbstätigen auf 38,56 Millionen.

Mit dem SGB II Fortentwicklungsgesetz, das der Bundestag verabschiedet hat, werden weitere Verbesserungen insbesondere für den Verwaltungsvollzug im Bereich Hartz IV geschaffen. Es ist im Interesse der Bewerber von Arbeitslosengeld II zu hoffen, dass diese Verbesserungen dann auch Wirkung bei der weiteren Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen zeitigen wird.

Ralf Brauksiepe ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Aktuell auf der Seite der Bundestagsfraktion unter www.cducsu.de „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)“ Information in 10 Punkten



Thüringen

Grundsatzprogrammdebatte vor Ort

Eine Pilgerreise nach Rom am Palmsonntagswochenende markierte Anfang April den Auftakt der Grundsatzdebatte der CDU Thüringen.

Parallel zur Diskussion auf Bundesebene erarbeitet auch der Landesverband des Freistaats ein eigenes Grundsatzprogramm. Die CDU Thüringen geht damit gezielt neue Wege der Basisansprache. Die innerparteiliche Diskussion und breite Kommunikation mit den Mitgliedern soll den Verlauf der Grundsatzdebatte wesentlich bestimmen.

Die Pilgerreise nach Rom kann dabei als erster Erfolg gewertet werden. An die 700 Mitglieder und Sympathisanten sind der Einladung der CDU Thüringen zur Pilgerreise nach Rom gefolgt,



Thüringer CDU-Mitglieder auf dem Petersplatz.



Kardinal Kasper, Generalsekretär Mohring und Landesbischof Kähler in der Diskussion.

um sich dort über die Grundsätze der christlich-demokratischen Politik auszutauschen. „Es hat mich gefreut, dass so viele Mitglieder die Chance nutzten, sich aktiv in die Grundsatzprogrammdebatte der CDU Thüringen einzubringen“, betonte CDU-Generalsekretär Mike Mohring.

In zwei Gesprächsforen kamen die Teilnehmer mit Vertretern aus Politik und von den Kirchen zu den

T h e m e n

„Christliches Menschenbild“ und „Europa – eine Wertegemeinschaft“ ins Gespräch. Im ersten Forum schilderte Kardinal Walter Kasper, Präsident des Päpstlichen Rates

zur Förderung der Einheit der Christen, in eindrücklicher Weise die Grundlagen des Christlichen Menschenbilds und ihre Bedeutung für Politik und Gesellschaft. Dr. Christoph Kähler, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, veranschaulichte die Bedeutung des Christlichen Menschenbildes anhand konkreter Beispiele. Dabei ging er insbesondere auf Fragen des Lebensschutzes ein.

Am zweiten Tag der italienischen Parlamentswahlen stellte sich Rocco Buttiglione, italienischer Kultusminister der zweiten Regierung Berlusconi, der Diskussion. Seine Gesprächspartnerin auf dem Podium zum Thema „Europa – eine Wertegemeinschaft“ war die Vorsitzende der Landtagsfraktion, Christine Lieberknecht.

CDU Brandenburg erneuert Programm

Höhepunkt der Pilgerreise war der gemeinsame Besuch der Palmsonntagsmesse auf dem Petersplatz mit Papst Benedikt XVI. Bei hervorragendem Wetter verfolgten die Thüringer mit tausenden Christen aus aller Welt die Messe und die anschließende Übergabe des Weltjugendtagskreuzes von der deutschen an die australische Delegation.

Generalsekretär Mike Mohring zieht eine positive Bilanz der Reise. Besonders erfreut ist er über die große Resonanz der Mitglieder: „Nur selten bietet sich die Gelegenheit mit so vielen Vertretern der Basis gleichzeitig ins Gespräch zu kommen.“ Er ist überzeugt, dass nicht nur die Vorträge der Referenten, sondern insbesondere die Fragen und Beiträge der Teilnehmer wertvolle Impulse für das Grundsatzprogramm gegeben hätten. Die Ergebnisse der Gesprächsforen werden dokumentiert und in die Arbeit am Grundsatzprogramm einbezogen.

Der intensive Dialog mit den Mitgliedern soll auch künftig in weiteren Gesprächsforen zum Grundsatzprogramm sowie über das neu eingerichtete Mitgliedernetz der CDU Thüringen fortgeführt werden.



Von links: Sven Petke MdL, Joachim Ragnitz, Michael Stübgen MdB, Jens Koeppen MdB.

Mit der Überarbeitung ihres Parteiprogramms hat die CDU Brandenburg die inhaltlichen Vorarbeiten für das Doppelwahljahr 2008/2009 begonnen.

„Die Kernthemen für die CDU in Brandenburg sind Wirtschaft und Arbeitsplätze, Familie, Bildung und Innovation“, erklärte Brandenburgs Generalsekretär Sven Petke, unter dessen Leitung die Programmkommission zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengetreten war. Bei diesen Themen entscheide sich die Zukunft Brandenburgs. Zudem wolle die Partei das Lebensgefühl der Brandenburger positiv ansprechen. „Dafür werden wir die Weichen stellen.“ Der Landesverband nutzt auch das Internet für die Programmarbeit: Unter [www.](http://www.programmoffensive.de)

programmoffensive.de ist eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit möglich. „Wir freuen uns auf die Ideen und Vorschläge aus den Verbänden und Vereinigungen“, so der Generalsekretär.

Der Programmkommission der CDU Brandenburg gehören unter anderem der Rektor der Universität Potsdam, Wolfgang Loschelder, sowie die Oberbürgermeisterin von Brandenburg/Havel, Dietlind Tiemann, an. Gast der konstituierenden Sitzung war der Zukunftsforscher Joachim Ragnitz vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Ragnitz bescheinigte Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns mit dem neuen Förderkonzept und der Konzentration auf die Wachstumskerne auf dem richtigen Wege zu sein.

Hessen

Koch im Amt bestätigt

Auf einem Landesparteitag in Wiesbaden stellte die hessische CDU erste Weichen für die Landtagswahl 2008.

Mit einem überragenden Ergebnis von 97,8% sprachen die Delegierten dem Landesvorsitzenden Roland Koch ihr Vertrauen aus. „Wir haben hier heute die Führung gewählt, die bis zur kommenden Landtagswahl an der Spitze der Partei stehen und die Verantwortung für die CDU Hessen übernehmen wird“, erklärte Koch. „Das Ergebnis der Kommunalwahl gibt uns Rückenwind für die Landespolitik. Wir sind nach 25 Jahren wieder stärkste kommunalpolitische Kraft. Die Bürger haben uns ein gutes Zwischenzeugnis ausgestellt.“

In seiner Rede stellte Koch besonders die Notwendigkeit der Einführung von Studienbeiträgen für Hessen heraus. „Das ist ein Schritt, der uns nicht leicht gefallen ist, aber der nach reiflicher Abwägung alternativlos ist. Wir sind umzingelt von gleich vier Nachbarländern, die Beiträge einführen werden. Wir haben ein ganz banales Problem, wir müssen Regelungen schaffen, damit



unsere Universitäten nicht überlaufen. Unsere hessische Bildung darf nicht schlechter werden und soll weiter im internationalen Wettbewerb bestehen können. Und: Es gibt mit der von uns angestrebten Regelung nicht den geringsten Grund, nicht zu studieren. Wir gewähren Darlehen ohne Bonitätsprüfung. Wer Geld für das Studium braucht, bekommt es und muss es frühestens zwei Jahre nach dem Abschluss zurückzahlen“, erläuterte der Ministerpräsident das Modell. „Wir machen die Studenten zu Kunden, die durch die Beiträge, die den Universitäten direkt zu Gute kommen, auch bessere Lehre und Serviceleistungen vorfinden werden. Die Zeiten, in denen Seminarplätze ausgelost wurden, sind dann vorbei.“ Auch sei diese Regelung so-

zial gerecht, da bislang die Krankenschwester über ihre Steuern auch dem künftigen Chefarzt das Studium mitfinanziert habe.

„Dort, wo wir mitten bei der Arbeit sind, werden wir diese konsequent zu Ende führen und unsere Wahlversprechen halten. Ob in der Bildungs- bzw. Hochschulpolitik, in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik oder der Energiepolitik. Unser Weg ist nicht immer bequem, aber richtig und vor allem erfolgreich. Wir werden uns nicht ausruhen und uns 2008 mit einer Erfolgsbilanz zur Wahl stellen“, so Koch. „Wir sind eine mutige, moderne Partei, die nicht verlernt hat, eine menschliche Partei zu sein. Diesen Kurs werden wir beibehalten, verlässlich und berechenbar, für die hessischen Bürgerinnen und Bürger.“

Annette Schavan:

Sechs-Milliarden-Programm für Innovation und Wachstum

Deutschlands Stärken sind weltweit anerkannt. Sie liegen in seiner hohen politischen und sozialen Stabilität, seiner leistungsfähigen Infrastruktur und seiner führenden Rolle in Europa. Deutschland ist weltweit die drittgrößte Industrienation und mit seinen technologiestarken Unternehmen seit Jahren Exportweltmeister.

Aber: Deutschland muss sich davor hüten, im internationalen Wettbewerb abgehängt zu werden. Bei den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung liegt Deutschland mit fast 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im internationalen Vergleich zurück. Die USA investieren zuletzt 2,7 Prozent, Japan 3,2 Prozent, Schweden 4,0 Prozent und Israel sogar 4,5 Prozent.

Im Wettbewerb der Kraft- und Wohlstandsquellen müssen für unser Land Forschung und Innovation ganz oben stehen. Sie sind der Schlüssel für unsere Zukunftsfähigkeit und unseren künftigen Wohlstand. Forschung und Entwicklung sind die neuen Kraftquellen



Annette Schavan

für den Fortschritt der Gesellschaft und die Zukunft nachfolgender Generationen.

Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland

Deshalb investiert die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode sechs Milliarden Euro zusätzlich in Schlüssel- und Querschnittstechnologien und für Maßnahmen, die den Forschungsstandort Deutschland stärken; so viel wie nie zuvor. Allein im Jahr 2006 werden das zusätzlich rund 700 Millionen Euro sein. Nie zuvor hat eine Bundesregierung eine solche Innovati-

onspolitik vorgelegt, in der Forschungsförderung und die Gestaltung von Rahmenbedingungen verbunden werden.

Mit diesen sechs Milliarden Euro geht die Bundesregierung in Vorleistung. Nur so wird Deutschland bis zum Jahr 2010 das von den europäischen Staats- und Regierungschefs in Lissabon vereinbarte Ziel, mindestens drei Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren, erreichen. Kein einfaches Ziel, wenn man bedenkt, dass im nächsten Jahr auch die Maastricht-Kriterien eingehalten werden sollen. Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gibt es aber keine Alternative. Wir werden keine Kompromisse eingehen.

Auch die Wirtschaft muss ihren Teil dazu beitragen. Deshalb brauchen wir weitere Anreizsysteme für mehr Engagement von Unternehmen in Forschung und Innovation. Vorschläge wie zum Beispiel die Forschungsprämie liegen auf dem Tisch. Gemeinsam mit den Unternehmen müssen wir zu mehr Investitionen in

Forschung und Entwicklung anregen.

Für einen kontinuierlichen Dialog über die Umsetzungsstrategien unserer Innovationspolitik wird eine Forschungsunion aus Wissenschaft und Wirtschaft einberufen. Sie nimmt am 23. Juni ihre Arbeit auf. Auch im Mittelstand müssen wir Innovationshemmnisse abbauen. Die Bundesregierung steigert die Fördermittel für Forschung und Entwicklung im Mittelstand überproportional. Sie erleichtert den kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Fachprogrammen und öffnet neue Wege der Finanzierung.

Förderung von Wachstum und Wettbewerb

Grundlage jeder erfolgreichen Innovationspolitik ist eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum und Wettbewerb fördert. Deshalb ist die Reform der Unternehmensbesteuerung so wichtig. Junge Unternehmen sollen eine Anschubfinanzierung erhalten. Gerade sie erschließen neue Wachstumsfelder. Wagniskapital kann aber nicht allein der Staat bereitstellen. Deshalb werben wir für eine stärkere

Beteiligung der Wirtschaft an Hightech-Gründerfonds und sprechen mit der Finanzwirtschaft über neue Konzepte.

Talentschmiede

Geld ist aber nicht alles. Höhere Investitionen in die Köpfe der Menschen sind die Quelle für Wohlstand. Deutschland soll zu einer Talentschmiede werden. Wir fördern junge Talente und Exzellenz in Schulen, wir verbessern die berufliche Bildung. Wir müssen die Integration von Migranten verbessern. Wir brauchen in Deutschland jeden jungen Mann und jede junge Frau, um unser Land zukunftsfähig zu machen. Allein um das Drei-Prozent-Ziel zu erreichen, fehlen in Deutschland 90.000 Ingenieure.

Deutschland darf sich nicht als Einzelkämpfer sehen. Im internationalen Wettbewerb brauchen wir Kooperationspartner, die finden wir zum Beispiel in der Europäischen Union finden. Aber auch in der For-

schungspolitik der EU muss sich etwas verändern. Hier brauchen wir einen Paradigmenwechsel. Die Ausgaben der EU müssen wir verstärkt auf Zukunftsinvestitionen ausrichten. Die Sozial- und Strukturfonds müssen wir heranziehen, um Forschung und Innovation zu finanzieren. Gleich zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 wird der Europäische Forschungsrat ERC seine Arbeit aufnehmen. Er ist eine der großen Errungenschaften, der erstmalig auf gesamteuropäischer Ebene die Selbstverwaltung der Wissenschaften garantiert. Das Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Wir wollen der Innovationsmotor für Europa sein.

Einen entscheidenden Schritt haben wir mit dem Sechs-Milliarden-Programm schon gemacht. Diese Initiative zeigt: Wir machen keine leeren Versprechungen. Die Bundesregierung packt an.

Annette Schavan ist die Bundesministerin für Bildung und Forschung.

Zusammenfassung einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, bei dem die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, die Innovationsoffensive der Bundesregierung vorstellte.

„Zwischen Sicherheit und Freiheit“

Unter diesem Motto lud der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) zu seinem 15. Berliner Theologischen Gespräch ins Konrad-Adenauer-Haus ein.

Vor mehr als 400 Gästen diskutierten der EAK-Bundsvorsitzende, Thomas Rachel, zusammen mit dem Bundesminister des Innern, Wolfgang Schäuble, der hannoverschen Landesbischöfin Margot Käßmann und dem Terrorismusexperten Elmar Theveßen über die politischen und ethischen Herausforderungen angesichts neuer globaler Bedrohungen.

Thomas Rachel unterstrich, dass es vor dem Hintergrund der Bedrohung durch den weltweit agierenden Terrorismus in ethischer Perspektive vor allem um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den dringend gebotenen Sicherheitserfordernissen und der hinreichenden Wahrung unserer elementaren Grund- und Menschenrechte gehe. Christlich-Demokratische Politik habe hier einen klaren Kompass und eine eindeutige Verpflichtung: „Das christliche Menschenbild, die unbedingte Achtung der



Von links: Buchautor Elmar Theveßen, Landesbischöfin Margot Käßmann, EAK-Bundsvorsitzender Thomas Rachel und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble.

Menschenwürde und der konsequente Einsatz für die Menschenrechte überall auf der Welt sind für uns unverrückbare und verpflichtende Richtlinien der Politik“, so der EAK-Bundsvorsitzende.

Gleichzeitig müsse sich unsere Demokratie gegenüber ihren Feinden aber auch wehrhaft zeigen, und der veränderten internationalen Bedrohungslage müsse hinreichend Rechnung getragen werden. Thomas Rachel hob diesbezüglich hervor: „Denen, die durch Menschen verachtenden Terror an den Grundfesten unseres freiheitlich-demokratischen Staates rütteln, müssen wir klare Grenzen setzen.“

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wies darauf hin, dass in einem demokratischen Rechts-

staat Sicherheit ohne Freiheit und Freiheit ohne Sicherheit nicht denkbar seien. Die Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates sei es, das rechte Maß zwischen diesen beiden Größen herzustellen. Immer wieder müsse hierbei das Verhältnis zwischen der Garantie der Freiheitsrechte und der Garantie der Sicherheit neu bestimmt werden. Da Politik immer mit der Betrachtung der Wirklichkeit beginne, dürfe die veränderte Bedrohungssituation, die auch in Deutschland herrsche, nicht geleugnet werden, so Schäuble. Auf diese neue Form der Bedrohung müsse mit neuen Formen der Sicherheit geantwortet werden, wozu an erster Stelle die Informationsbeschaffung gehöre.

In ihrem Vortrag stellte die hannoversche Landes-

bischöfin Margot Käßmann die Freiheit als einen zentralen, unser Land maßgeblich bestimmenden Wert heraus. Deshalb dürfe aus ihrer Sicht auch dem Kopftuch, das nicht als ein religiöses, sondern vielmehr als ein Symbol für die Unterdrückung der Frau zu verstehen sei, in unserem freien Land kein Raum eingeräumt werden. Ebenso kategorisch abzulehnen sei jegliche Form der Folter, denn sie stehe in einem radikalen Gegensatz zu den Werten, auf denen unsere Demokratie aufbaue. Die Bischöfin stellte

fest: „Wir können mit unserer Kultur im Namen der Menschenrechte und der Gerechtigkeit im internationalen und im interkulturellen Dialog nur dann glaubhaft bestehen, wenn wir jegliche Form von Demütigungen und von Menschenrechtsverletzungen kategorisch ablehnen.“

Der Terrorismusexperte und Buchautor Elmar Theveßen betonte, dass die Verhältnismäßigkeit zwischen Sicherheit und Freiheit im Kampf gegen den Terrorismus in jedem Fall gewahrt werden müsse. An-

hand von besorgniserregenden Beispielen ging er auf die Propaganda ein, der sich die islamistischen Terroristen in ihrem Kampf bedienen. Elmar Theveßen konstatierte, dass wir, wenn wir Freiheiten aufgäben, um in Moscheen Überwachungskameras zu installieren, kurzfristig zwar einen Zugesinn an Sicherheit zu verzeichnen hätten, langfristig jedoch unsicherer leben würden, weil der Graben zwischen der muslimischen und der nicht-muslimischen Kultur sich dadurch vertiefen würde.

REFORM VON „HARTZ IV“ DRINGEND GEBOTEN

Bis Ende April wurden für das Arbeitslosengeld II 9,2 Mrd. Euro ausgezahlt. Das sind rund 14,5 % mehr als im Vorjahr. Die Zuschüsse an die Kommunen für Miete und Heizkosten stiegen sogar um 30 % auf rund 1,3 Mrd. Euro.

Hochgerechnet droht daher eine Finanzierungslücke in Milliardenhöhe. Daher müssen die „Hartz-IV“-Regelungen grundlegend überarbeitet werden. In seiner jetzigen Ausgestaltung hat sich das Arbeitslosengeld II nicht bewährt. Schon jetzt gilt es daher über eine zukunfts-

fähige Grundsicherung für Arbeitsuchende nachzudenken. Diese Regelung muss auch dem engen Zusammenhang von Fördern und Fordern besser

Rechnung tragen, als dies bei der gegenwärtigen Umsetzung von „Hartz IV“ der Fall ist. Deshalb wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit den Ländern einsetzen, die bis zum Herbst Vorschläge für eine grundlegende Neuregelung der Grundsicherung für Arbeitsuchende erar-



Volker Kauder

beiten soll. Es nicht sinnvoll, an einer erkennbar unzureichenden Regelung festzuhalten. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Überprüfung der unter

„Hartz IV“ zusammengefassten arbeitsmarktpolitischen Instrumente läuft jedenfalls leer, wenn daraus keine zukunftsverantwortlichen und langfristig angelegten politischen Schlussfolgerungen gezogen werden können.

Volker Kauder ist der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Zukunft gestalten

Das Steueränderungsgesetz 2007 ist ein weiterer Baustein im steuerlichen Gesamtkonzept der Koalition.

Die darin enthaltenen Maßnahmen sind erforderlich, um den notwendigen Konsolidierungskurs erfolgreich fortzusetzen. Nur so können wir Zukunft gestalten und angemessen auf die Anforderungen unserer Zeit reagieren. Dies sind wir vor allem unseren zukünftigen Generationen schuldig.

Die in der Anhörung diskutierten Punkte des Steueränderungsgesetzes 2007 sind nicht isoliert zu sehen, sondern stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit noch beabsichtigten und bereits beschlossenen effektiven Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung wie zum Beispiel die verbesserte steuerliche Berücksichtigung von Handwerkerleistungen und Kinderbetreuungskosten. Bei den nun geplanten Maßnahmen des Steueränderungsgesetzes 2007 haben wir stets die individuelle Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger im Auge und tragen dafür Sorge, unangemessene Härten zu verhindern. So



Otto Bernhardt

beabsichtigen wir etwa, die besondere Situation bei den Fernpendlern zu berücksichtigen oder die maßvolle Absenkung der Altersgrenze des Kindergelds von 27 auf 25 Jahre mit einer angemessenen Übergangszeit zu versehen.

Otto Bernhardt ist der finanzpolitische Fraktions-sprecher.

Planungssicherheit für Kommunen

Mit dem SGB II-Fortentwicklungsgesetz und den weiterführenden Koalitionsplänen haben sich Union und SPD auf das Grundsatzziel verständigt, durch detaillierte und passgenaue Veränderungen den gesamten Hartz IV Prozess zu optimieren.

Es ist zu begrüßen, dass bis zum Herbst über weitere Vorschläge diskutiert wer-



Peter Götz

den soll. In diesem Zusammenhang benötigen Städte und Landkreise im Hinblick auf die kommunale Haushaltsplanung für 2007 schnellstmöglich Planungssicherheit über die ihnen zustehende Entlastung.

Allein die anhaltenden Probleme mit der Software der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass die zukünftigen Verfahrens- und Organisationsvorschriften weiter verbessert werden müssen. Dabei muss klar gestellt werden, wer die Verantwortung für die Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosen trägt. Es muss ein Weg gefunden werden, der einerseits der Verantwortung des Bundes gegenüber Bundesmitteln und andererseits dem verfassungsrechtlich geschützten Selbstverwaltungsrecht der Kommunen gerecht wird.

Angesichts explodierender Kosten im Bereich der

Grundsicherung für Arbeitssuchende ist das SGB II-Fortentwicklungsgesetz ein Schritt in die richtige Richtung. Lehnt beispielsweise künftig ein Arbeitslosengeld-II-Empfänger dreimal einen angebotenen Job ab, so können ihm die Leistungen gestrichen werden. Bei Jugendlichen kann auch die Übernahme der von den Kommunen zu tragenden Unter- und Heizkosten gestrichen werden.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Fraktions-sprecher.

Virtuelle Rekonstruktion von Stasi-Akten beginnt

Im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat die Koalition die nötigen Finanzmittel bereitgestellt, um geschredderte Stasi-Unterlagen endlich umfassend rekonstruieren zu können.

Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit hatten un-mittelbar vor dem Zusammenbruch der SED-Diktatur versucht, brisante Unterlagen zu vernichten. Diese zerrissenen und geschredderten Akten füllen rund 16.000 Säcke.

Im Zuge der Haushalts-beratungen zum Bundes-

haushalt 2006 wurden die entsprechenden Mittel ab 2007 bereitgestellt, um die Entwicklung und Beschaffung der sog. Schnipselmaschine zu ermöglichen. Durch diese Bereitstellung kann mit den entsprechenden Vorarbeiten bereits in diesem Jahr begonnen werden.

Für die Haushaltsjahre 2007/2008 wurden jeweils bis zu 3 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt. Über die weitere Finanzierung (Gesamtkosten 28,5 Mio. Euro) soll in den Haushaltsberatungen für 2007 entschieden werden. Mittels dieser vom Fraunhofer-Institut entwickelten Schnipselmaschine werden die einzelnen Aktenfragmente eingescannt und mittels Riskantenerkennung elektronisch rekonstruiert. Diese weitweit einmalige Technologie ermöglicht es, die rund 33 Mio. Seiten zerstörter Akten bis 2012 zu sichern. Bei der bisherigen manuellen Rekonstruktion würde man für die Zusammensetzung aller Akten mehr als 300 Jahre benötigen. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Bemühungen ehemaliger DDR-Führungskader,



Steffen Kampeter



Michael Luther

die Geschichte und Rechtsnatur der SED-Diktatur zu verleugnen und zu revidieren, ist es dringend notwendig, ein entsprechendes politisches Signal zu setzen.

Steffen Kampeter ist Vorsitzender der AG Haushalt der Bundestagsfraktion, **Michael Luther** der zuständige Berichterstatter im Haushaltsausschuss.

Klinkenputzen für mehr Ausbildungsplätze

Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt ist ein Alarmzeichen, aber es bleibt noch bis zum September Zeit, um in einer gemeinsamen Aktion von Tarifpartnern, Politik und allen anderen gesellschaftlichen Gruppen jeden Tag um Ausbildungsplätze in den Betrieben zu werben.

Die Devise heißt: Klinkenputzen für mehr Ausbildungsplätze. Allen Unkenrufen zum Trotz hat der Ausbil-

dungspakt erste Erfolge gezeigt. Es wurden gerade von den kleinen und mittleren Unternehmen doppelt so viele Ausbildungsplätze geschaffen, wie zugesagt. Nach den ersten Untersuchungen haben sich die vereinbarten Einstiegsqualifizierungen als erfolgreich erwiesen. 60% der Jugendlichen, die dieses Instrument nutzten, wurden später in ein Ausbildungsverhältnis übernommen. Der Ausbildungspakt wird gelingen, wenn alle Akteure der beruflichen Bildung an einem Strang ziehen. Jeder ausbildungsfähige Jugendliche braucht einen Ausbildungsplatz.

Erforderlich ist die zügige Umsetzung des seit April 2005 in Kraft getretenen neuen Berufsbildungsrechts. Es sieht verbesserte Regelungen für Stufenausbildungen und Ausbildungsverbünde vor. Dies hilft praktisch begabten Jugendlichen, die derzeit besondere Einstiegschancen in eine Ausbildung vorfinden. Ich appelliere an die Arbeitgeber und die Gewerkschaften, bei den Abstimmungsverfahren der Ausbildungsberufe ihre ideologischen Schranken aufzugeben. Des Weiteren ist notwendig: ■ Um Ausbildungshemmnisse zu beseitigen, sollten Auszubildende bei Schwellenwerten im Arbeits-



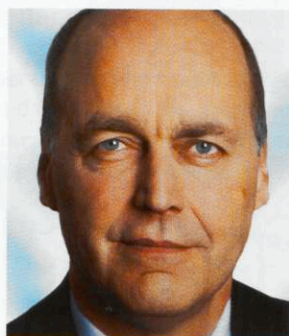
Katherina Reiche

recht generell nicht mitgezählt werden. ■ Für kleine und mittlere Unternehmen muss das Ausbildungsmanagement übernommen werden. ■ Der Ausbildungspakt muss durch viele betriebliche Bündnisse für Ausbildung ergänzt werden. ■ Es müssen verstärkt auch Unternehmer mit Migrationshintergrund für die Schaffung von Ausbildungsplätzen gewonnen werden. Eine verstärkte Einwerbung von Ausbildungsplätzen sollte auch in innovativen Betrieben geschehen.

Katherina Reiche ist Stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Deutschland kann es schaffen

Deutschland kann es schaffen, wenn wir die veränderte Lage und Stimmung durch zielgerichtete Ver-



Laurenz Meyer

änderungen bei den jetzt anstehenden großen Reformprojekten stabilisieren und ausbauen können.

Die deutlich gesunkenen Arbeitslosenzahlen und die starke Arbeitskräftenachfrage zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Dieser Weg muss jetzt beibehalten werden: Eine wirksame Gesundheitsreform, Reformen der Unternehmen- und Erbschaftsteuer, Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Abbau von Bürokratiekosten, und eine intelligente Lösung für die dauerhafte Wiedereingliederung von jüngeren und älteren Langzeitarbeitslosen sind Stichworte.

Die Arbeitsmarktentwicklung schafft auch die Voraussetzung für die grundlegende Überarbeitung der „Hartz-Gesetze“.

Laurenz Meyer ist der wirtschaftspolitische Fraktionssprecher.



Gestaltungsvorschlag
Canvassing-Stand-Frontmaße
geeignet für DIN A1 Plakate.



Canvassing-Stand (ganz in Weiß)

Preise:

Stand: **125,30 €**

Aufsatz-Panel mit Gestänge: **36,80 €**

Aufsatz-Panel „bedruckt“: **18,50 €**

Lieferung ohne Gestänge

Tragetasche: **45,50 €**

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versandkosten.

Zur Bestellung nutzen Sie bitte den Bestellschein „Canvassingstand“ per Fax-abruf 030/22070-54801.



CDU Stehtisch

Höhe ca. 1,10 m, Durchmesser 85 cm

Tischplatte mit Öffnung für Sonnenschirm

Bestell-Nummer: **0348**

Preis je **Stück: 60,00 €**

inkl. MwSt.: 69,60 €



CDU Sonnenschirm – Durchmesser 180 cm

Bestell-Nummer: **0458**

Preis je **Stück: 38,00 €**

inkl. MwSt.: 44,08 €

Fußständer für Sonnenschirme

Bestell-Nummer: **0459**

Preis je **Stück: 6,50 €**

inkl. MwSt.: 7,54 €

Nur noch wenige Tage bis zur Fußball-WM – Deutschland im Fußballfieber!

Die Fußball-WM rückt immer näher und die Vorfreude steigt.

Seien Sie mit CDU-Aktionen rund um den Fußball vor Ort dabei. Lassen Sie „Groß und Klein“ an diesem besonderen Ereignis teilhaben und begeistern Sie die Bürger. Wir bieten Ihnen für Ihre Veranstaltungen und Straßenaktionen die richtigen Werbeatikel an.

Jetzt ganz **neu und Top im Trend** –
unser **aktueller Fußball**.

CDU Fußball „Schwarz-Rot-Gold“
Wettkampf/Trainingsfußball –
geeignet für jedes Wetter und jeden Platz

Bestell-Nummer: **9318**

Preis je **Stück: 13,00 €**

inkl. MwSt.: 15,08 €



Unsere kleinen Fußbälle ...

Kleiner Ball – in 2 versch. Farben

20 Bälle im Netz, inkl. einer Ballpumpe. Er ist wie ein richtiger Fußball, jedoch kleiner und handlicher. Ideal für Sommerfeste, für Spiel und Spaß oder als Kleinwerbemittel.

Sonderpreis

Bestell-Nummer: **9823**

Preis je **20 Stück: 25,80 €**

inkl. MwSt.: 29,93 €



Unverzichtbar! Unser Spielplaner zur WM.
Er ist handlich im Format und informiert über die Gruppenphasen der Vorrundenspiele bis hin zum Finale.

Der Fußballplaner zur Weltmeisterschaft

Bestell-Nummer: **9849**

Preis je **500 Stück: 16,00 €**

inkl. MwSt.: 18,56 €



Hier finden Sie viele Artikel für eine Fußball-Party!



Papierfähnchen CDU und Deutschland/Europa

Papierfähnchen mit zwei verschiedenen Seiten

Bestell-Nummer: **9426**

Preis je **1.000 Stück: 59,00 €**

inkl. MwSt.: 68,44 €



CDU-Luftballon

Bestell-Nummer: **9304**

Preis je **500 Stück: 30,00 €**

inkl. MwSt.: 34,80 €



Luftballon „Smilie“

in zwei verschiedenen Farben (Blau und Weiß) je Verpackung

Bestell-Nummer: **9874**

Preis je **100 Stück: 13,00 €**

inkl. MwSt.: 15,08 €



Bierdeckel

Bestell-Nummer: **9292**

Preis je **600 Stück: 15,90 €**

inkl. MwSt.: 18,44 €



Vitaminbonbon-Set

3 kg Bonbons + Bonbonschüttglas im Karton

Bestell-Nummer: **9178**

Preis je **3 kg-Glas: 26,00 €**

inkl. MwSt.: 30,16 €

Zeigen Sie Flagge mit unserer Team-Ausstattung!

Base-Cap „Deutschland“

100% Baumwoll-Canvas mit 3-farbigem Flaggenstick mit Klettverschluss auf jede Kopfgröße verstellbar.

Bestell-Nr.: **9222**

Preis je **5 Stück: 12,50 €**

Preis inkl. MwSt.: 14,50 €

Bestell-Nummer: **9222A** – Einzelverkauf

Preis je **Stück: 3,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 3,48 €



PIN „Deutschland“

Größe: 9 x 12 mm

Bestell-Nummer: **9227**

Preis je **100 Stück: 24,00 €**

inkl. MwSt.: 27,84 €



Polo-Shirt „Deutschland“

Polo-Shirt mit eingesticktem Deutschland-Emblem. Sehr hochwertige Qualität, 100% Baumwollpique.

Bestell-Nummern:

9223 – Größe M

9224 – Größe L

9225 – Größe XL

9226 – Größe XXL

Preis je **Stück: 14,50 €**

Preis inkl. MwSt.: 16,82 €



CDU Hissfahne

orange mit CDU-Logo im Weißraum
Querformat 3,00 m x 2,00 m

Bestell-Nummer: **0091**

Preis je **Stück: 26,00 €**

inkl. MwSt.: 30,16 €



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
CDU-Kundenbetreuung
Telefax 05241-8094165
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die neuen Wandzeitungen



Das sind die aktuellen Wandzeitungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Alle Kreis-, Stadt- und Ortsverbände können unsere Wandzeitungen als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellen.

Kontaktdaten und Preise finden Sie auf dem Bestellschein „Wandzeitung“ als Faxabruf 030/22070-54820 oder als Download im Mitgliedernetz der CDU unter www.cdunet.de